



**WO BLEIBT DIE ENTSCHULDIGUNG DES INTENDANTEN THOMAS
BELLUT?**

ZDF: Menschenverachtung gegen AfD-Behinderten

Von LUP0 | in der ZDF-Heute-Show am 2. Februar konnte einem das Lachen im Halse stecken bleiben: auf offener Bühne zog Moderator Oliver Welke den AfD-Politiker Dieter Amann, einen Stotterer, in den Schmutz. Er witzelte nicht nur über den Auftritt des AfD-Fachreferenten in einem Fachausschuss des Bundestages, sondern äffte dem sprachbehinderten Mann auch noch nach, indem er pseudo-stotternderweise einen geschmacklosen Kommentar abgab.

Diplomverwaltungswirt Dieter Amann war als Fachreferent der AfD im Hauptausschuss des Bundestages während der Anhörung zum Familiennachzug Vortragender. Die Menschenverachtung des ZDF wiegt doppelt schwer, weil Amann am Beginn seines Vortrages ausdrücklich um Verständnis wegen seiner Behinderung geworben hatte: „Ich möchte etwas vorausschicken. Ich bin hier neu, bin nicht gewohnt zu reden vor großer Runde und ich stottere. Das möchte ich vorausschicken, damit sich niemand wundern möge“. ZDF-Komiker Welke zeigte keine Beißhemmung. Er demütigte den behinderten AfDler und trat verbal gnadenlos auf ihn ein. Menschlicher Anstand? Fehlanzeige beim ZDF.

Die ZDF-Heute-Show [gab folgenden Kommentar ab](#) und lügt sich um die Wahrheit herum:

Am vergangenen Freitag haben wir eine Aussage des AFD-Sachverständigen Dieter Amann in unserer Sendung gezeigt. Wir haben den Ausschnitt aus inhaltlichen Gründen in die Sendung genommen und sind davon ausgegangen, dass es sich um einen der üblichen Versprecher handelt, die durch eine gewisse Nervosität beim Sprechen bedingt sind. Für die Heute-Show war die Sprachbehinderung von Dieter Amann nicht erkennbar – es war nicht unsere Absicht, uns über diese Behinderung lustig zu machen. Hätten wir davon Kenntnis gehabt, hätten wir den Ausschnitt natürlich nicht gesendet.

Das ZDF ist immer mit scharfer Kritik schnell zur Stelle, wenn es um den Schutz der Menschenwürde geht. Jetzt hat sich der öffentlich-rechtliche Sender selbst einer schweren Entgleisung schuldig gemacht. PI-NEWS fragt: Wo, sehr geehrtes ZDF, ist die Entschuldigung des Intendanten Thomas Bellut für die Entgleisung Ihres Angestellten Welke? Wo ist die Wiedergutmachung für den behinderten Dieter Amann? Mit Ihrem Schweigen lassen Sie zu, dass gegen Behinderte in Deutschland gehetzt wird. Finden Sie es für einen gebührenfinanzierten Sender angemessen, dass behinderte Menschen in Satireshows öffentlich per Bild und Wort gedemütigt werden. Teilen Sie uns bitte mit, welche Sanktionen Sie gegen Herrn Welke aussprechen werden.

Was auffällt ist, dass es bisher keinen erkennbaren Aufschrei der deutschen Behindertenverbände gegeben hat. Wo bleiben Caritas und Diakonie, wo bleiben die Sozialverbände, wo bleiben die christlichen Kirchen, namentlich Kardinal Marx und Bedford-Strohm? Wo halten sie ihre schützende Hand über ihr behindertes Klientel. Gehören AfDler nicht dazu?

Es bleibt wohl dabei: wenn es gegen die AfD geht, ist alles erlaubt!

» zuschauerservice@zdf.de



Video: Pegida Dresden vom 5. Februar 2018

Der frühere English-Defence-League-Chef und jetzige Berater von Pegida UK, Tommy Robinson, ist heute Gastredner in der patriotischen Hauptstadt Deutschlands. Zudem findet die Veranstaltung heute exakt an dem Tag statt, an dem der Fall der Mauer nun [mit 28 Jahren und 88 Tagen](#) genauso lang andauert wie ihre üble Existenz. Lutz Bachmann und Siegfried Daebritz werden auch von ihrem Besuch beim Landesparteitag der AfD Sachsen am vergangenen Wochenende berichten, an dem die Annäherung der AfD zu Pegida Dresden weitere Fortschritte machte. Es verspricht wieder einmal eine hochinteressante Kundgebung zu werden.



Streit bei Sozen in Essen

Von CHEVROLET | Essen ist die Metropole des Ruhrgebiets. Heimat von Kohle und Stahl, Stahlbarone wie die Krupps prägten lange die Stadt. Heute ist das ganz anders. Die Industrie weggebrochen, kennzeichnen heute hohe Arbeitslosigkeit Städte wie Essen und die einstmals wirtschaftsstarke Region in Nordrhein-Westfalen.

Essen bemühte sich durchaus erfolgreich, dagegen anzukämpfen, das Zentrum wurde aufgemöbelt, es entstanden Hochhäuser mit Unternehmenszentralen, mit dem Limbecker Platz ein modernes Einkaufszentrum und auch die Zentrum lockt Einkäufer aus dem Umland in die Stadt. Und dennoch, es gibt zumindest zwei Essens ins Essen.

Grob lässt sich die Stadt teilen, zwischen dem südlichen Teil, südlich der Autobahn A40, die das Ruhrgebiet von Ost nach West als „Ruhrschnellweg“ durchquert, und dem Norden. Dem Süden, mit noblen Stadtteilen mit Luxusvillen in Richtung des herrlichen Baldeneysees, der an das Bergische Land angrenzt, wo die Welt noch größtenteils in Ordnung ist, steht dem nördlichen Teil gegenüber, ein ärmlicher Teil der Stadt. Dort gibt es Arbeiterviertel wie Altenessen oder Borbeck, immer schon durch die insbesondere türkischen Gastarbeiter mit einem hohen Ausländeranteil gesegnet.

Und seit Merkels unsäglicher Grenzöffnung werden immer mehr Eindringlinge hierher gelockt, wo es eine große arabische und südosteuropäische sowie türkische „Community“ gibt. Will sagen: Massen von „Flüchtlingen“, aber auch Zigeuner in großer Zahl, die amtlich natürlich Rumänen und Bulgaren sind, was so wahr ist, wie dass die in der Türkei verhafteten Journalisten aus Deutschland Deutsche sind, sondern nur Passinhaber, machen den Essener Norden ach so wunderbar bunt.

Jetzt tobt in Essen ein Streit in der SPD, jener Partei, die

im Ruhrgebiet bislang das Sagen hat, und die man Generationen treu gewählt hat. Einmal ist da der Essener SPD-Vize Karlheinz Endruschat, der in der Realität angekommen zu sein scheint. Vordergründig geht es bei dem Streit in der SPD „nur“ um die wegen der zahlreichen neuen Moscheen zugewanderten Straßen im Stadtteil Altenessen.

Aber der politische Streit in Altenessen, der derzeit im Stadtteilparlament geführt wird, reicht weiter, und am Ende geht es um die Sorge, dass das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Migranten in diesem großen Essener Stadtteil scheitern könnte. Das jedenfalls befürchtet seit längerem Karlheinz Endruschat. In einem Gespräch mit der [Essener Lokalausgabe der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung](#) (WAZ) hat er jetzt seine Sorgen erneut betont: „Altenessen droht zu kippen.“

Die zunehmende Veränderung der Umgebung, das Gefühl, sehr bald in der Minderheit zu sein, die Angst vor fremdländisch anmutenden Riten und Verhaltensweisen, das sprachliche Unverständnis, auch einige Sicherheitsprobleme – all dies ergebe eine Mixtur, die offensichtlich wachsendes Unbehagen auslöst, das vom Essener Süden so nicht bekannt sei, gab Endruschat zu Protokoll.

Und dabei steht Altenessen noch gut da im städtischen Vergleich, so die WAZ. Nichtdeutsche und Doppelstaatler machen in Altenessen-Süd „nur“ 41,3 Prozent der Wohnbevölkerung aus, wenig im Vergleich zum Stadtkern (62,1 Prozent), wo es schon mit einer gewissen Regelmäßigkeit Einwandererkrawalle am Hauptbahnhof gibt, Ostviertel (51,1%) oder Altendorf (47,2%). „Die Muslimisierung der Stadtteile im Essener Norden ist niemals seriös hinsichtlich zukünftiger Konflikte hinterfragt worden“, sagt Endruschat.

Doch, so die WAZ, will man von städtischer Seite ein wenig an den Symptomen herumdoktern. Lächerliche erste Maßnahme: Sozialdezernent Peter Renzel will mehr Sozialarbeiter in den

Norden schicken.

Den Hinweis von Renzel, man werde mit einer auf den Norden konzentrierten Sozialarbeit Integration befördern und Abschottung bekämpfen, hält er für eine Illusion. Endruschat kritisch: „Die Schwelle, bis zu der man noch grundlegend etwas bewirken konnte, scheint mir überschritten.“ Der Essener SPD-Vize, selbst bis zu seiner Pensionierung als Sozialarbeiter tätig, glaubt, dass der Sozialdezernent sich mit der Methode „Viel hilft viel“ etwas vormacht.

Mit Sozialarbeit ließen sich zwar Symptome behandeln. Das Tempo der Zuwanderung habe inzwischen aber derart angezogen und fokussiere sich weiterhin so stark auf den Essener Norden, dass die Probleme mit den klassischen Mitteln kaum mehr zu lösen seien. „Eine geschickte Sozial- und Stadtplanung, um zukünftige Ghettos zu verhindern, war nie ernsthaft gewollt, weil schon das Thema tabuisiert war.“ Ein überlegter Plan sei auch jetzt nicht zu erkennen.

„Natürlich kann man sich für ein ‚Weiter so‘ entscheiden, die Debatte um die Moscheen in Altenessen-Nord lässt dies befürchten“, klagt Endruschat. Damit gebe man den Norden aber langfristig auf, anstatt das Miteinander der Kulturen gezielt zu organisieren. Fatal sei auch ein Übermaß an „Transfermittelempfängern, die nur auf etwas warten“, formuliert Endruschat.

Hoffnung mache dem gestandenen Sozi, dass zumindest im Altenessener Norden rund um die vier konfliktträchtigen Moscheen junge Familien mit deutschem Hintergrund weiterhin hier noch erschwingliche Einfamilienhäuser kauften und so für eine gewisse Stabilisierung des sozialen Klimas sorgten. In geschlossenen Migrantenvierteln, wie man sie aus den Vorstädten in Frankreich und Belgien kenne, gebe es schlicht zu wenig Anreiz, sich zu integrieren. Dass solche Thesen nicht jedem in der SPD gefielen, sei ihm klar. Aber: „Ich mache mir einfach große Sorgen um meinen Stadtteil.“

Wie erwartet hagelte es Widerspruch von SPD-Multikulti-Hardlinern, [wie dem Essener Parteichef Thomas Kutschaty](#). „Die SPD sucht nicht nach Sündenböcken, die SPD sucht nach Lösungen.“ Mit diesen Worten hat sich Essens SPD-Vorsitzender Kutschaty klar von den vernunftgeprägten Worten Endruschats distanziert.

So erklärte Kutschaty, ihn störten vor allem die von Endruschat benutzten „Vokabeln“, von denen er sich gemeinsam mit SPD-Fraktionschef Rainer Marschan klar distanzierte. Bei aller innerparteilichen Toleranz gelte es „Grenzen zu setzen, wenn eine Debatte sich in unpassenden Worten und Scheinlösungen verliert“. Und weiter: „Wir glauben, dass gerade eine solche Grenze erreicht wird“, heißt es in einer Mitteilung der Essener SPD. Beispielsweise habe man es „nicht mit einem religiösen Problem zu tun, sondern mit einem sozialen“.

Gleichwohl gebe es Missstände, die offen auszusprechen Endruschat das Recht habe. „Natürlich erkennen auch wir Schwierigkeiten in einigen Stadtteilen, darunter auch Altenessen. Allerdings geben wir uns nicht damit zufrieden, diese nur zu benennen. Wir wollen sie lösen“, erklärten Kutschaty und Marschan. Ein reines „Schlechtreden“ sei immer falsch.

Heftigen Gegenwind gab es auch wie zu erwarten von den Linkspopulisten aus Grünen und Linkspartei. Während die grünen Realitätsverweigerer betonten, es sei kein Migrationsproblem, sondern eher ein strukturelles Problem, griffen die SED-Nachfolger gleich zur Hetze- und Rassismuskelle, um auf Endruschat einzudreschen.

Schlecht dürfte es dafür um die Wiederwahl von Karlheimz Endruschat beim nächsten SPD-Parteitag stehen: „Zu oft hat sich Endruschat für den Geschmack der Parteilinken und der SPD-Spitze nun schon mit offener Kritik an der Integrationspolitik aus der Deckung gewagt“, schreibt die WAZ

süffisant.



28 Jahre und 88 Tage

Von SARAH T. & MICHAEL STÜRZENBERGER | Am heutigen Montag ist die Berliner Mauer genau so lange Geschichte, wie sie die Deutschland in zwei Teile und die Menschen voneinander getrennt hat. Der DDR liefen von 1949 bis 1961 insgesamt [knapp 2,7 Millionen Menschen](#) davon. Der Osten blutete aus, da sich die Bürger dort nicht dem sozialistischen Diktat und dem deutlich niedrigeren Lebensstandard in der sowjetisch besetzten Zone unterwerfen wollte.

Damit den Sozialisten nicht das gesamte Volk davonlief, erfand man das Märchen vom „antifaschistischen Schutzwall“. Eine typisch linke Propagandalüge, um zu vertuschen, dass man die Menschen einmauerte. Vor der blühenden marktwirtschaftlichen Demokratie in Westdeutschland musste kein DDR-Bürger geschützt werden.

Auch wenn Walter Ulbricht auf einer Pressekonferenz noch 1961 verkündete, dass er nie die Absicht hatte, eine Mauer zu errichten, ab dem 13. August 1961 war sie bittere, menschenverachtende Realität. Viele Ostbürger, die die Todeszone überwinden wollten, mussten ihre freiheitlichen Bestrebungen mit dem Leben bezahlen. An der innerdeutschen Grenze sind zwischen 1949 und 1989 insgesamt 1135 Menschen

umgekommen. Darunter befinden sich auch 200 DDR-Grenzsoldaten, die durch Suizid oder Unfälle mit Schusswaffen ums Leben kamen.